

## Infrastrukturkonsens möglich?

### Bürgerinitiativen treffen in Berlin auf Bundestagsabgeordnete der SPD



#### Infrastrukturkonsens-Workshop im Abgeordnetenhaus Berlin

Auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion fand im Abgeordnetenhaus in Berlin am 31.10.2011 ein Werkstattgespräch zur besseren Beteiligung von Bürgern bei aktuellen und künftigen Planungen von Infrastrukturmaßnahmen statt. Konkret ging es dabei um Flughäfen, Bahnhöfe, Autobahnen und Stromtrassen.

Teilnehmer waren Bundestagsabgeordnete und Mitglieder von 17 Bürgerinitiativen.

Die Strecke Walle-Mecklar war vertreten durch 2 niedersächsische (Delligsen, Bad Gandersheim/Kreiensen) und 2 hessische Vertreter (Kreis Schwalm-Eder und Kreis Werra-Meißner).

Alle Bürgerinitiativen äußerten sich total unzufrieden über die Art und Weise wie die Planungsverfahren in Deutschland abgewickelt werden. Demokratische Grundsätze würden teilweise verletzt; Verfahren durch nicht ernst gemeinte Einbeziehung Betroffener über die Gebühr in die Länge gezogen. Aus diesen Erfahrungen heraus ergab sich eine Vielzahl von Anregungen, die die Politiker dankbar aufnahmen.

Hier die wichtigsten Anliegen und Fragestellungen:

- Statt Entscheiden und dann Verteidigen muss nach Auffassung der Bürgerinitiativen zuerst die Diskussion mit dem (betroffenen) Bürger gesucht und dann erst darf nach Abwägung entschieden werden.

Wie können Bürger schon vor dem Raumordnungs- oder dem Planfeststellungsverfahren verbindlich eingebunden werden?

- Sich engagierende Bürger werden von Planungsbehörden oder von Vorhabensträgern als Störenfriede („Wutbürger“) gebrandmarkt.

Wie können Verfahren fairer, bzw. ausgewogener gestaltet werden?  
Wie können Vorschläge von Betroffenen als Ressourcen verstanden werden?

- Im gegenwärtigen Verfahrensablauf stehen betroffene Bürger und Interessierte einem fertigen und vollständigen Antrag gegenüber, den Vorhabenträger mit der das Verfahren durchführenden sowie entscheidenden Behörde gemeinsam vertreten.

Können Durchführungs- und Entscheidungsbehörden getrennt werden, um Interessenskonflikte zu vermeiden?

- Die Arbeit in den Planungsverfahren ist aufwändig, die Sachverhalte und die Verfahren sind oft kompliziert.

Wie können aktiv in Planungsprozessen agierende Bürger/Bürgerinitiativen/Verbände finanziell entlastet werden?  
Wie können Bürger/Bürgerinitiativen/Verbände durch Fachleute wie Anwälte, Ombudsmänner, Planungscoaches o. ä. unterstützt werden?

- Mit Infrastrukturvorhaben werden Weichen für die Zukunft der Gesellschaft gestellt, so z.B. die Frage nach der künftigen Energielandschaft. Daraus ergeben sich viele politische Grundsatzzfragen und auch die Frage nach der Anpassungsfähigkeit der bestehenden Einrichtungen.

Was wird z. B. aus den Leitungen, die bisher den Strom von den Atomkraftwerken weitertransportiert haben?  
Wie viel Energie wird dezentral bereit gestellt?  
Müssen also eine einmal gemachte Stromtrassenplanungen – auch aus finanziellen Gründen – laufend angepasst werden?

Es bleibt abzuwarten, wie die Vielzahl der aufgelisteten Fragen in reale Politik umgewandelt wird. Bis dahin ist sicher noch ein weiter Weg. Aber ein erster Schritt ist getan.

V.i.S.d.P

Heinz-Jürgen Siegel Bürgerinitiative: Delligsen in der Hilsmulde e. V.

Norbert Braun Bürgerinitiative Pro Erdkabel Bad Gandersheim/Kreiensen